

## Frankfurter Allgemeine Feuilleton

Home Feuilleton Medien

Rundfunkbeitrag

### Eine halbe Milliarde Euro?

10.11.2013 · Dass ARD und ZDF durch die neue Gebühr mehr als die zuletzt vorhandenen 7,5 Milliarden Euro pro Jahr einnehmen würden, war bekannt. Die Frage lautet: Wie viel mehr wird es?

Von MICHAEL HANFELD

Artikel



Der neue Rundfunkbeitrag, der seit dem 1. Januar erhoben wird, beschert ARD und ZDF deutliche Mehreinnahmen © DPA

Wenn sich bewahrheitet, worüber der „Spiegel“ berichtet, dann haben ARD, ZDF und Deutschlandradio ein Problem. Sie haben zu viel Geld. Zu viel, das heißt: eine halbe Milliarde Euro – gerechnet auf vier Jahre – mehr als sie bislang aus der alten Rundfunkgebühr eingenommen haben. Das waren zuletzt knapp 7,5 Milliarden Euro pro Jahr. Seit dem 1. Januar gilt der neue Rundfunkbeitrag, der pro Haushalt und in Betriebsstätten erhoben wird. Er werde – so argumentierten die öffentlich-rechtlichen Sender – aber nicht viel am Status Quo ändern.

Dann hieß es plötzlich vor vier Wochen: Achtzig Millionen Euro oder ein Prozent mehr als bislang könnten es in diesem Jahr im Vergleich zu 2012 schon sein. Wobei man zu den Beitragseinnahmen immer noch einige hundert Millionen Euro pro Jahr hinzurechnen muss, die ARD und ZDF mit Werbung verdienen. So kommt man dann auf rund acht Milliarden Euro pro Jahr. Das ZDF nahm 2012 allein brutto zweihundert Millionen Euro aus Werbung ein.

#### Weitere Artikel

- Die Gebühren von ARD und ZDF: Sixt klagt gegen die Rundfunkabgabe
- Neuer Rundfunkbeitrag: Sie wollen uns erlösen
- Pressefinanzierung durch Rundfunkgebühr: Da muss das Misstrauen wachsen
- Verbraucherzentrale startet Hotline zum Rundfunkbeitrag
- Bis zu 3000 Prozent: Hessische Kommunen erwarten höhere Rundfunkgebühren

## „Die ARD wird sich nicht an Spekulationen beteiligen“

Ein halbe Milliarde Euro mehr aus dem Rundfunkbeitrag, gerechnet auf eine „Gebührenperiode“, die vier Jahre umfasst, das wären dann also noch einmal fünfzig Prozent mehr, als die Sender selbst vor vier Wochen angedeutet haben. Allerdings weist auch ihre Rechnung auf den Gebührenaufschwung hin, der das eigentliche Ziel der Reform ist: Achtzig Millionen Euro pro Jahr mal vier, das ergibt immerhin auch ein Plus von 320 Millionen Euro in einer Gebührenperiode.

„Anfang Oktober“, teilt die ARD dazu auf Anfrage von FAZ.NET mit, habe man der KEF (Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs), „eine erste Schätzung zu den Erträgen aus dem neuen Rundfunkbeitrag veröffentlicht. Darin wird auf der Basis der Ist-Zahlen vom Juli 2013 bereits davon ausgegangen, dass sich die Beitragseinnahmen Ende 2013 um rund 80 Millionen Euro im Vergleich zu den Gebühreneinnahmen des Jahres 2012 verbessern werden.“ Da die Umstellung auf den neuen Rundfunkbeitrag noch nicht abgeschlossen sei, habe man darauf hingewiesen, „dass die Prognose erhebliche Unsicherheiten enthält.“ Anfang des kommenden Jahres werde man die Ertragslage noch einmal überprüfen, die Ergebnisse gingen dann an die KEF. „Bis dahin wird sich die ARD nicht an Spekulationen beteiligen.“ Beim ZDF hieß es auf Anfrage von FAZ.NET, man gehe „von stabilen bis leicht steigenden Erträgen aus.“ Erst zum Ende des Jahres seien „einigermaßen zuverlässige Aussagen möglich“.

### Eine stille Reserve?

Der „Spiegel“ will zudem in Erfahrung gebracht haben, dass die Gebührenkommission KEF bei der ARD eine Art stille Reserve von dreihundert Millionen Euro ausgemacht hat. Dazu teilte die ARD FAZ.NET mit: „Auch Eigenmittel haben wir in unserer Bedarfsanmeldung Ende April 2013 angegeben. Diese werden derzeit ebenfalls von der KEF überprüft. Ein abschließendes Ergebnis liegt noch nicht vor und auch hier beteiligen wir uns nicht an Spekulationen.“



Zahlreiche Städte und Deutschland haben bereits gegen die Vervielfachung ihrer Rundfunkgebühren protestiert © DPA

Auch wenn die jetzt und vor ein paar Wochen genannten Zahlen mit Vorsicht zu genießen sind, dürften sich die Kritiker des neuen Rundfunkbeitrags bestätigt sehen, die von Beginn an darauf hingewiesen haben, dass sich rechnerisch ein Plus ergeben muss, allein weil mehr Beitragszahler zur Kasse gebeten werden. Hunderttausende Behinderte, die bislang von der Rundfunkgebühr befreit waren, müssen zumindest einen Drittelbeitrag zahlen. Betriebe, die über zahlreiche Filialen – also „Betriebsstätten“ – verfügen, müssen mehr zahlen, ebenso die Kommunen und die Kirchen.

Bei den gebeutelten Kommunen führte das im Frühjahr zu einem regelrechten Aufstand. Die Stadt Köln, deren Mitarbeiter sich auf mehr als siebenhundert

„Betriebsstätten“ verteilen, hatte sich an die Spitze der Protestbewegung gestellt. Allein bei den 225 Kinderbetreuungseinrichtungen stünde eine Verelffachung des bisher gezahlten Beitrags an, hieß es. Genau beziffern konnte die Stadt die geforderten **Summen nicht, sie kündigte ein Beitragsmoratorium an und einigte sich mit den** Sendern schließlich darauf, vorläufig so viel zu zahlen wie 2012 – 80.000 Euro. Steigende Beiträge wurden aus dem ganzen Land gemeldet, in Düsseldorf zum Beispiel sollte der Jahresbeitrag von 20.000 Euro auf 200.000 Euro steigen, in Stuttgart von 67.000 auf 150.000 Euro. Die Kindertagesstätten der Stadt Frankfurt sollen in diesem Jahr mit Rundfunkbeiträgen von 27.000 Euro belastet werden, während im Jahr zuvor gar keine Zahlung fällig war.

### **Klagen von Rossmann und Sixt**

Bei den Unternehmen meldeten sich die Drogerie-Ketten Rossmann und DM zu Wort sowie der Autovermieter Sixt. Zuerst legte Rossmann eine Klage gegen den neuen Rundfunkbeitrag vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof ein, dann Sixt. Sixt kündigte an, bis vor das Bundesverfassungsgericht gehen zu wollen. Das Unternehmen Rossmann gab an, statt bislang 39.500 Euro pro Jahr künftig 200.000 oder 291.000 Euro im Jahr an Rundfunkbeiträgen zahlen zu müssen. Sixt führte einen sechsstelligen Mehrbetrag an, insgesamt summierte sich der geforderte Rundfunkbeitrag auf rund drei Millionen Euro pro Jahr. Seitens der Sender ARD und ZDF hieß es, dass die Mehrzahl der Unternehmen weniger stark belastet werde als früher.

Bei der Gebührenabrechnung taucht jedoch noch eine weitere Gruppe auf – die Nichtseher, die im Jargon der Gebühreneinzieher „Schwarzseher“ heißen. Ihrer wurde die Gebühreneinzugszentrale GEZ, die inzwischen „Beitragsservice“ heißt, früher nur schwer habhaft. Mit dem großen Meldedatenabgleich, der seit Beginn des Jahres im Gange ist, ändert sich das.

Das Hin und Her der Rechnungen wird erst beendet sein, wenn die Gebührenkommission Kef ihre Zahlen vorlegt. Im April 2014 wird mit dem 19. KEF-Bericht die offizielle Abrechnung erfolgen. Dann wird es amtlich für ARD, ZDF, Deutschlandradio und für die Beitragszahler ernst. Mit einer Reduzierung des Monatsbeitrags von zurzeit 17,98 Euro zu rechnen, wäre verfrüht. „Verlässliche Aussagen zum Aufwand und zu den Beitragserträgen im Besonderen“ seien, „derzeit nicht möglich“, sagte der Vorsitzende der Gebührenkommission KEF, Heinz Fischer-Heidlberger, der Deutschen Presse-Agentur. „Erst wenn alle Zahlen vorliegen und geprüft sind, kann die KEF darüber entscheiden, ob sie eine Empfehlung für eine Veränderung des Beitrags ausspricht.“